



„Opposition ist mehr als Nein sagen. Es ist zwar nicht unsere Aufgabe, Gesetze zu machen, an Eckpunkten **zeigen** wir jedoch, **was wir wollen.**“

ANGELA MERKEL:

Wir können **nur gemeinsam** Erfolg haben

Die Sache ist erledigt.“ Mit dem Austausch des umstrittenen Plakats und mit ihrer Rede im Bundestag am 16. Januar zur Rentenreform hat Angela Merkel die Diskussion beendet:

„Nur gemeinsam werden wir Erfolg haben, selbst

wenn in manchen Fragen von unterschiedlichen Fassungen ausgegangen werden muss. Es war richtig, auf der Präsidumsklausur letztes Jahr im Juni ein Arbeitsprogramm unter der Überschrift *kontrollierte Offensive* zu beschließen.

Fortsetzung auf Seite 3

DOKUMENTATION

ANGELA MERKEL:

Rot-grüne Rentenreform in jeder Hinsicht unzureichend. Rede in der Bundestagsdebatte am 16. Januar

FRIEDRICH MERZ:

Unser Nein ist uns nicht leicht gefallen. Brief an die Versicherungs- und Knappschaftsältesten

INNENTEIL

GESPRÄCH CDU – DEUTSCHER SPORTBUND: WIR SIND EIN VERLÄSSLICHER PARTNER DES SPORTS

Seite 3

■ Steuern und Abgaben ■ Schulsport ■ Gesundheitssport ■ Sport in Europa ■ Sportstättenbau ■ Nachwuchsförderung im Leistungssport: waren die Themen eines ausführlichen Gesprächs, das das Präsidium der CDU unter Leitung der Parteivorsitzenden im Konrad-Adenauer-Haus geführt hat. Angela Merkel: „Die CDU anerkennt die große gesellschaftliche, kulturelle und soziale Bedeutung des Sports. Damit der Sport seine Aufgabe auch in Zukunft erfüllen kann, braucht er unsere tatkräftige Unterstützung.“

FRIEDRICH MERZ: SCHARPING IST DER VOLLSTRECKER DER EICHEL'SCHEN SPARAUFPLAGE

Seite 6–7

„Nur der Anfang eines Umbauprozesses ohne Perspektive“ – befürchtet die CDU/CSU – sind die jetzt bekannt gegebenen Standortentscheidungen von Verteidigungsminister Scharping. Die groß angekündigte „Reform der Bundeswehr von Grund auf“ ist nichts anderes als eine immense Haushaltskürzung: um fast 20 Milliarden Mark bis 2003. Friedrich Merz: „Die Kürzungen sind unnötig. Sie sind vor allem nicht zu verantworten. Unsere Forderung: Prioritätensetzung zugunsten der Bundeswehr.“

FAMILIENOFFENSIVE DER CDU/CSU: FAMILIENGELD, VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF, ERZIEHUNGSKOMPETENZ

Seite 8–9

„Umsteuern hin zu einer nachhaltig familienfreundlichen Gesellschaft“ ist das Ziel einer Initiative, die Maria Böhmer, Horst Seehofer, Maria Eichhorn und Karl-Josef Laumann vorgestellt haben. CDU und CSU sind die Familienparteien. Mit dem neuen Aufbruch in der Familienpolitik soll die Grundlage für eine langfristig stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft gesichert werden, die nichts anderes ist als: Familien mit Kindern. Zu den wichtigen Forderungen der Union gehört ein ausreichendes Angebot von Betreuungseinrichtungen. Nach wie vor werden z. B. mehr Ganztagsplätze in Kindergärten gebraucht.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

Wir haben inzwischen unsere Meinung zu allen wichtigen Themen gebildet. Wir sind zu vernünftigen Ergebnissen gekommen und haben politische Perspektiven geöffnet.“

Selbstverständlich geht es nach wie vor darum, die Fehler der rot-grünen Regierung anzugreifen. Die harte Auseinandersetzung um Schröders Rentenbeitrag wird so lange geführt werden, wie z.B. die deutliche Benachteiligung der Frauen im Koalitionsentwurf nicht rückgängig gemacht ist.

Wir machen keine Gesetze, aber an Eckpunkten zeigen wir, was wir wollen

Es geht aber auch darum, Alternativen deutlich zu machen. Angela Merkel: „Opposition ist mehr als Nein sagen. Es ist zwar nicht unsere Aufgabe, Gesetze zu machen. An Eckpunkten zeigen wir jedoch, was wir wollen.“

Thema Einwanderung: Die Bundesregierung hat inzwischen die Absicht aufgegeben, noch in dieser Legislaturperiode ein umfassendes Zuwanderungsgesetz zu verabschieden.

LAURENZ MEYER:

Ein guter Tag für die CDU

„Die CDU freut sich über das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts.“ Mit diesen Worten hat Generalsekretär Laurenz Meyer einen wichtigen Erfolg kommentiert. Das Gericht gibt der CDU Recht mit ihrer Klage gegen die von Bundestagspräsident Thierse verhängte Sanktion von 41 Millionen

Mark. „Dieses Urteil bestätigt unsere Rechtsauffassung, die auch andere renommierte Juristen vertreten haben“, sagte Meyer. Es schaffe die Voraussetzung dafür, dass die CDU nächstes Jahr wettbewerbsfähig in die Auseinandersetzung um die Mehrheit in Deutschland gehen kann.

Angela Merkel: „Wir sind ganz anderer Meinung.“ Unsere Einwanderungskommission unter Leitung von Ministerpräsident Peter Müller wird die Eckpunkte eines solchen Gesetzes noch vor der Sommerpause vorlegen.

Die weiteren Aktivitäten unserer Informationsoffensive zur Rentenpolitik

In Absprache mit den wahlkampfführenden, aber auch mit den übrigen Landesverbänden wird es ein Massenverteilmittel geben, das zeigt, wie verkehrt die Riester'sche Rentenberechnung schon in den Grundlagen ist: ■ was den Besteuerungsbeitrag bei der Rente betrifft,

■ was alle Fragen angeht, die mit der privaten Vorsorge zu tun haben, ■ was insbesondere zur Benachteiligung von Frauen führt, die Kinder erziehen, ■ und wie es schließlich mit der Hinterbliebenenrente steht, bei der Kürzung in Höhe von 50 Prozent und mehr zu erwarten sind.

Generalsekretär Laurenz Meyer: „Wir werden mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen, das Telefon nutzen und eine Hotline einrichten. Unsere Informationen werden über Faxabruf und Internet zugänglich sein. Gleich morgen um 13.00 Uhr wird die Parteivorsitzende die Diskussion mit einem Internet-Chat eröffnen. In der kommenden Woche setzten wir unsere Aktivitäten fort.“ **UD**

Die CDU – ein **verlässlicher** Partner des Sports

Um Möglichkeiten und Themenfelder der Zusammenarbeit zu besprechen, traf sich am 29. Januar das Präsidium der CDU unter Leitung der Parteivorsitzenden Angela Merkel mit dem Präsidium des Deutschen Sportbundes unter Leitung seines Präsidenten Manfred von Richthofen zu einem gemeinsamen Gespräch.

Dabei wurde deutlich, dass der Sport in so zentralen Bereichen wie Steuern und Abgaben, Schulsport, Gesundheitssport, Sport auf europäischer Ebene, Sportstättenbau sowie der Nachwuchsförderung im Leistungssport dringend politische Unterstützung braucht.

Die berechtigten Anliegen des Sports will die CDU intensiv unterstützen und eng mit dem Deutschen Sportbund zusammenarbeiten. Seitens des Präsidiums wird sich Wolfgang Schäuble künftig der Belange des Sports annehmen. Der Bundesfachausschuss Sport der CDU mit seiner Vorsitzenden Steffie Schnoor wird ebenfalls den



Sport tatkräftig unterstützen. Auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die bereits mehrere Anliegen des Sports in parlamentarische Initiativen umgesetzt hat, wird durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Sport der CDU und sportpolitischen Sprecher der Fraktion, Klaus Riegert, in dieses Engagement zugunsten des Sports eingebunden.

Schon jetzt wurde ein weiteres baldiges Treffen vereinbart, wo über das bis dahin Erreichte Bilanz gezogen wird und weitere Themen der Zusammenarbeit besprochen werden sollen.

Zuvor wird sich die Vorsitzende der CDU bei einem Besuch in einer der sportbetonten Schulen Deutschlands von der aktuellen Situation bei der Nachwuchsförderung überzeugen.

Dazu erklärte die Parteivorsitzende Angela Merkel: „Die CDU anerkennt die hohe gesellschaftliche, kulturelle und soziale Bedeutung des Sports. Um seine für die Gesellschaft unverzichtbare Aufgabe auch künftig zu erfüllen, braucht der Sport tatkräftige Unterstützung. Dafür steht die CDU als verlässlicher Partner des Sports auch künftig bereit.“

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Es ist **ganz wichtig**, dass Menschen sich engagieren und einmischen

Generalsekretär **Laurenz Meyer** hat während der Grünen Woche in Berlin am Jugendforum „Die Zukunft des Ehrenamtes“ teilgenommen. Auf Einladung der beiden Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL), **Anja Mückehansen** und **Dirk Detlesen**, diskutierte er mit Vertretern der Landjugend über die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für den ländlichen Raum.

Um Toleranz und Zivilcourage zu fördern, startete die Nachwuchsorganisation des Deutschen Bauernverbandes zeitgleich das Projekt „all inclusive – Fremde sind Freunde“. Damit will die Landjugend im Jahr 2001 ausdrücklich ein Zeichen für „Fremdenfreundlichkeit“ setzen.

Laurenz Meyer würdigte das Engagement der Bundes der Deutschen Landjugend bei der Schaffung freiwilliger ehrenamtlicher Strukturen in den neuen Bundesländern. Hier habe die Landjugend einen „erheblichen Beitrag“ geleistet und ein attrak-

tives Angebot für junge Leute im ländlichen Raum geschaffen. Dieses Engagement müsse aufrechterhalten bleiben, um die bestehende Landflucht zu stoppen.


Es sei zwar nach wie vor „chic“, in das Umfeld von Großstädten zu ziehen. Da-



durch werde jedoch überdeckt, „dass aus den eigentlich ländlichen Räumen die jungen Menschen auf Grund von fehlenden Arbeitsplätzen wegziehen“, sagte Meyer. Die Politik sei hier in der Verantwortung, beispielsweise durch gezielte Tourismusförderung die Attraktivität der ländlichen Räume zu stärken.

Außerdem informierte der Generalsekretär die Landjugend über die Aktion „Bürger machen Staat“, die die CDU zum „Internationa-

len Jahr der Freiwilligen 2001“ initiiert hat. Im Rahmen dieser Kampagne wird ein eigener Ehrenamtspreis verliehen. In diesem Zusammenhang wies er auf die von ihm gestartete Aktion „Hut ab vor Ihrem Mut“ hin. Unter diesem Motto sollen Menschen ausgezeichnet werden, die in konkreten Situationen Zivilcourage gezeigt haben: Sei es, dass Frauen belästigt, alte Menschen angepöbelt oder Ausländer verunglimpft wurden. „Ich halte es für ganz wichtig, dass Menschen Position beziehen, sich einmischen, sich engagieren“, betonte Meyer. Dieses Verhalten müsse auch der Staat unterstützen: finanziell und durch öffentliche Anerkennung.

Laurenz Meyer ermunterte die Landjugend, das Jahr des Ehrenamtes 2001 zu nutzen, um die Politik auf existierende Probleme aufmerksam zu machen. Dies sei vor allem die Aufgabe einer effizienten Öffentlichkeitsarbeit, die unter dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ funktionieren müsse. 

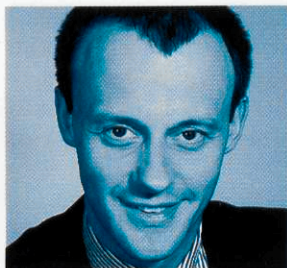
Scharping als **Vollstrecker** der Eichel'schen Sparauflage

Auf einer Pressekonferenz am 29. Januar zur Bundeswehrreform hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgende Erklärung abgegeben:

Die jetzt bekannt gegebenen Standortentscheidungen (Schließung von 39 Großstandorten, erhebliche Reduzierungen bei 40 weiteren und Schließung von 20 Kleinstandorten) sind die Konsequenz der größten Haushaltskürzung in der Geschichte der Bundeswehr (fast 20 Mrd. DM in den vier Jahren bis 2003). Die Bundeswehr ist zum Steinbruch des Konsolidierungskurses degradiert worden. Minister Scharping ist nicht Gestalter, sondern Vollstrecker der Eichel'schen Sparauflagen. Dieser Kurs spiegelt aber auch die innere Distanz der rot-grünen Regierung zur Bundeswehr wider.

Nur der Anfang eines Umbauprozesses ohne Perspektive

Das endgültige Aus für viele Standorte ist nur der



Anfang eines langen Umbauprozesses ohne Perspektive und voller Unsicherheiten. Die „Reform der Bundeswehr von Grund auf“ (Scharping) trägt den Keim für die nächste Reform bereits in sich. Der Bundeswehrreform von Minister Scharping fehlt die finanzielle Grundlage. Unrealistische Erwartungen bei Verkaufserlösen und Rationalisierungsgewinnen, offensichtliche Schönheitskorrekturen durch Umbuchungen (2 Mrd. DM für Auslandseinsätze) – all das ist das Gegenteil einer soliden Haushaltspolitik. Insbesondere fehlen die auch von der Weizsäcker-Kommission geforderten zusätzlichen Mittel als Anschubfinanzierung für die Umsetzung der Reform. (Zitat aus dem Bericht der Weizsäcker-Kom-

mission vom Mai 2000: „Nur so kann die Reform erfolgreich angegangen werden.“)

Wir fordern Prioritätensetzung zugunsten der Bundeswehr

Nicht nur angesichts der derzeitigen ökonomischen Daten sind die Kürzungen bei der Bundeswehr unnötig. Sie sind vor allem sachlich nicht zu verantworten. Wir fordern eine notwendige Prioritätensetzung zugunsten der Bundeswehr und die Rückkehr zur Finanzplanung der alten Bundesregierung. (32. Finanzplan: Anstieg der Mittel auf ca. 50 Mrd. bis 2003) Die Soldatinnen und Soldaten, die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien haben einen Anspruch auf eine Trendumkehr und damit auf eine verlässliche Lebensplanung.

Bündnisfähigkeit nicht zum Null-Tarif

Zwischen den politischen Verpflichtungen der

PAUL BREUER UND CHRISTIAN SCHMIDT:

Erst Beschwichtigungen – jetzt **Kahlschlag**

Zu den geplanten Schließungen von Bundeswehrstandorten erklären die verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU:

Bis vor kurzem hat Scharping den Eindruck erwecken wollen, dass die Reduzierung von 340.000 auf 280.000 Soldaten durch die Schließung von Kleinstandorten funktionieren könne. Jetzt wird deutlich: Die Reduzierung führt zu massivem Kahlschlag. Es gibt keinen si-

cherheitspolitischen Grund für eine derartige Verringerung der Bundeswehr. Sie wird allein aus finanziellen Zwängen verkleinert. Statt intelligent zu investieren, wird auf „Teufel komm raus“ kaputt gespart. Dies wird bei der Modernisierung der Ausrüstung der Bundeswehr genau so stattfinden. Die Bundeswehr wird zur Reformruine. Soldaten und zivile Mitarbeiter müssen jetzt die Suppe auslöffeln.

Bundesregierung gegenüber NATO, EU und WEU sowie UNO (Stand-by-Arrangements) einerseits und den realistischen Perspektiven für die Strukturen und Fähigkeiten der Bundeswehr andererseits klafft eine immer größere Lücke. Vollmundige Erklärungen und tatsächliche Lage passen nicht zusammen; dies wird von Monat zu Monat deutlicher. Europa- und Bündnisfähigkeit sind nicht zum Null-Tarif zu haben. Die für die Übernahme neuer Aufgaben notwendige Modernisierung der Bundeswehr bleibt im Anfang stecken. So ist beispielsweise die Beschaffung der 75 A-400-M-Transportflugzeuge und des im Juni 2000 vereinbarten deutsch-französisch-italienischen Aufklärungssatelliten in der Bundeswehrplanung finanziell nicht ausreichend abgebildet. Zugleich hat die Bundesregierung die Bundeswehr mit der KFOR-Mission in den schwierigsten und gefährlichsten Einsatz in ihrer Geschichte geschickt. Dies alles passt nicht zusammen. Gemessen am Bruttosozialprodukt liegt Deutschland mit dem Verteidigungshaushalt innerhalb der NATO heute an vorletzter Stelle. Dies schwächt unsere außen- und

sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit und den Einfluss Deutschlands im Bündnis.

Keine verlässliche Beschaffungs- und Materialplanung

Die Bundeswehr verfügt heute erstmals nicht mehr über eine verlässliche Beschaffungs- und Materialplanung. Die deutsche wehrtechnische Industrie muss deshalb nach Jahren des Kapazitätsabbaus nicht nur mit weiteren Kürzungen

zurecht kommen. Ihr fehlt schlicht eine verlässliche Grundlage für unternehmerisches Handeln. Kernkompetenzen und technologisches Spitzen-Know-how sind ebenso gefährdet wie die angesichts des scharfen globalen Wettbewerbs unverzichtbare Kooperations- und Integrationsfähigkeit der deutschen Industrie. Eine wettbewerbsfähige europäische wehrtechnische Industrie wiederum ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. **UD**

Familiengeld, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erziehungskompetenz

Zur Erläuterung der Familienoffensive der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärten die für Gesellschafts- und Sozialpolitik zuständigen stellvertretenden Vorsitzenden Maria Böhmer und Horst Seehofer sowie die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen Familie und Soziales, Maria Eichhorn und Karl-Josef Laumann:

Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristig stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Die heutigen Rahmenbedingungen werden der Situation der Familien nicht mehr gerecht. Diese Erkenntnis verlangt ein Umsteuern hin zu einer nachhaltig familienfreundlichen Gesellschaft.

CDU und CSU sind die Familienparteien. Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und Kindererziehungszeiten in der Rente hat die Union in ihrer Regierungszeit durchgesetzt. Die Union hat mit ihren Familienprogrammen vom 13. Dezember 1999 „Lust auf Familie – Lust auf

Verantwortung“ (CDU) und vom 6. Juli 2000 „Unsere Kinder – unsere Zukunft“ (CSU) einen neuen Aufbruch in der Familienpolitik gewagt. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gelten folgende Eckpunkte einer Familienoffensive:

ERSTENS: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und die Erziehungsleistung von Eltern in unserer Gesellschaft umfassend anerkennen.

Viele Eltern realisieren ihre Kinderwünsche nicht, da die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die große finanzielle Belastung dem entgegenstehen. Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt, die z. B. Müttern und Vätern bessere Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit bietet und einen reibungslosen beruflichen Wiedereinstieg in eine Ausbildung oder in den Beruf nach einer Familienphase ermöglicht. Dazu gehört auch ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot von Betreuungseinrichtungen (z. B. mehr Ganztags-

plätze in Kindergärten, mehr Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren, betreuende Grundschule, Ganztagschulen, flexible Öffnungszeiten).

Die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit beider Eltern ist ein Kernpunkt der Familienpolitik von CDU und CSU. Für uns sind beide Aufgaben gleichwertig. Wir wollen, dass Mütter und Väter eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie gemeinsam in unterschiedlichen Familienphasen für das Familieneinkommen und für die Erziehung der Kinder Sorge tragen.

ZWEITENS: Finanzielle Gerechtigkeit zwischen Erziehenden und Kinderlosen herstellen.

Familien mit Kindern müssen insbesondere in der betreuungsintensiven Kleinkindphase deutlich entlastet werden. Wir wollen – weit über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts von 1998 hinaus – mit dem dynamisierten Familiengeld sicherstellen, dass künftig niemand auf Sozial-

hilfe angewiesen ist, nur weil er Kinder hat. Dadurch können wir zugleich erreichen, dass sich auch für einen Sozialhilfeempfänger mit Kindern eine Erwerbstätigkeit wieder lohnt und er deshalb keine Sozialhilfe mehr benötigt.

Neben der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht das Familiengeld im Mittelpunkt der nachhaltigen Politik für Familien. Das dynamisierte Familiengeld ist ein neues, zukunftsorientiertes Konzept nachhaltiger Familienförderung, das über das bisherige Kindergeld und Erziehungsgeld deutlich hinausgeht. Es deckt zugleich das Existenzminimum von Kindern ab.

Auf folgende Leistungen sollen sich Eltern jeden Monat verlassen können:

Familiengeld pro Kind

- während der ersten 3 Lebensjahre: **1200 DM**
- im Alter von 3 bis 17 Jahren: **600 DM** (neben Betreuung, Erziehung und Bildung in Kindergarten und Schule)
- im Alter von 18 bis 27 Jahren: **300 DM** (bzw. 350 DM ab dem 4. Kind).

Das Familiengeld wird unabhängig vom Umfang der

Erwerbstätigkeit oder des Einkommens geleistet, ist steuer- und sozialabgabenfrei und muss dynamisiert werden. Der Kinderfreibetrag soll in Anlehnung an die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts ca. 13.000 DM betragen. Das Familiengeld soll zur Vereinfachung von einer Familienkasse (z.B. beim heutigen Jugendamt) ausgezahlt werden, die für Familiengeld und evtl. Unterhaltsvorschuss zuständig ist, so dass Eltern familienbezogene Leistungen bei einer Stelle beantragen können.

DRITTENS: Die Erziehungskompetenz in den Familien und die Erziehungskraft von Eltern stärken und damit Familien nachhaltig stabilisieren und unsere Kinder besser auf die Zukunft vorbereiten.

Wir wollen Familienbildung und Familienberatung für alle sozialen Schichten ermöglichen. Familienbildung und Familienberatung haben zum Ziel, durch Unterstützung und Ergänzung der Erziehungsarbeit den Eltern Information und Sicherheit zu vermitteln, Überforderungen bei Erwachsenen und Kindern abzubauen sowie Konflikte in Familien zu entschärfen.

Eine Arbeitsgruppe der Fraktion soll die Einführung von „Familien-Gutscheinen“ zur Inanspruchnahme von Beratungs- und Weiterbildungsangeboten prüfen, mit denen wir gezielt die Binnenkräfte der Familien stärken wollen.

Diese grundsätzliche Neuorientierung in der Familienpolitik ist eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes. Insbesondere mit Blick auf die Finanzierung des Familiengeldes werden wir neue Prioritäten auch in anderen Bereichen staatlicher Leistungen setzen:

- Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe müssen zusammengeführt werden.
 - Das Lohnabstandsgebot muss wirksam eingehalten werden. Wer arbeitet, muss grundsätzlich mehr netto verdienen als derjenige, der nicht arbeitet und Transferleistungen erhält.
 - Vor allem jüngere Menschen, die eine angebotene und zumutbare Beschäftigung ohne hinreichenden Grund ablehnen, sollen den Anspruch auf soziale Leistungen verlieren.
- Größe und Bedeutung des Projektes einer nachhaltig familienfreundlichen Politik erfordern eine gemeinsame Anstrengung aller.**

Klarer Rechtsbruch

■ Die rot-grüne Rentenreform benachteiligt Frauen und Hinterbliebene. Viele von ihnen wie auch diejenigen, die zeitweise keine Beschäftigung finden und deshalb nicht genug in die Rentenkassen einzahlen können, werden in die Altersarmut gedrängt. Dafür will Schröder die Gemeinden zahlen lassen. Miteiner Grundsicherung anstelle der Sozialhilfe werden die Kommunen Mehrkosten von etwa einer Milliarde Mark zu tragen haben. Was Rot-Grün von ihnen verlangt und erst recht, wie die Mitwirkung der Gemeinden bei der Gesetzgebung „mit zentralistischer Arroganz“ übergegangen wird, ist ein klarer Rechtsbruch. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Der Zwang zur Errichtung neuer Grundsicherungsämter passt nicht zum Selbstverwaltungsrecht, das Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz den Gemeinden garantiert.“

Riesenchance vertan

■ Eine Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung wird es im Zusammenhang mit der Rentenreform nicht geben. Denn die Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmen ist keine Form der Anlage, die im Rahmen der Privatvorsorge gefördert werden kann, ob-

wohl sie – auch für den Unternehmer – eine Reihe von Vorteilen bietet. Statt dessen: Vorschriften bis ins letzte Detail, wie förderungsfähige Verträge auszusehen haben. **Gerald Weiß**, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU: „Kein Wunder, wenn man für die ganze Veranstaltung eine eigene, nämlich *Zertifizierungsbehörde* braucht.“

Gegen Ausgrenzung

■ unserer Bauern. Die Bundesregierung muss der Landwirtschaft in der gegenwärtigen Krise helfen – war das Thema einer Aktuellen Stunde im Bundestag, auf der die CDU/CSU bestanden hat. Bis vor kurzem noch hat Rot-Grün den Bauern empfohlen, Rinder „aufzustallen“, weil der Markt so ungeheuer stabil sei. Jetzt wird so getan, als wenn man mit der bisher betriebenen eigenen Agrarpolitik nichts zu tun habe, und läßt die Bauern mit ihren Schwierigkeiten allein. **Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**: „Für die CDU/CSU fordere ich einen Solidaritätsfonds für den ländlichen Raum, Liquiditätshilfen für betroffene Betriebe, den unverzüglichen Start der Herauskaufaktion von 400.000 Tieren, Stärkung der Regionalvermarktung und die kostenlose Beseitigung der

nicht mehr zur Verfütterung erlaubten Futtermittel.“

Warten auf Bulmahn

■ so könnte das neue Motto der Bildungspolitik dieser Bundesregierung heißen. Zum wiederholten Mal hat die Ministerin die Chance vertan, dem Parlament endlich ihren Gesetzentwurf für eine Dienstrechtsreform an den Hochschulen vorzulegen. Ein klares Konzept hat die CDU/CSU vorgelegt. **Thomas Rachel**, Obmann der Fraktion für Bildung und Forschung: „Nach unserem Antrag soll die Reform mehr Leistung und Wettbewerb schaffen und die Entscheidungskompetenz der Hochschulen stärken. Die von der SPD-Bildungsministerin vorgesehene generelle Abschaffung der Habilitation lehnen wir dagegen ab.“

Keine Bagatellen

■ Immer noch nicht eindeutig geklärt ist das Verhältnis der Grünen zur Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen. So hält es ausgerechnet die designierte Parteivorsitzende Claudia Roth durchaus für denkbar, „unsinnige“ Atomtransporte, wie sie es nennt, auch mit dem Mittel von Straßenblockaden zu verhindern. **Axel Fischer** und **Klaus Holetschek**, Sprecher

der Jungen Gruppe der CDU/CSU: „Damit ignoriert Frau Roth geltendes Recht. Der Bundesgerichtshof hat eindeutig entschieden, dass auch Straßenblockaden weiterhin als Gewalt angesehen werden können.“

Fehlbesetzung

■ Die Initiative „Rock gegen rechte Gewalt“, die jetzt der Bundespräsident vorgestellt hat, ist sehr zu begrüßen. Die CDU/CSU wünscht, dass sich viele jungen Menschen für das Anliegen der geplanten Konzerte einnehmen lassen. Völlig unverständlich ist es deshalb, dass als Moderator der Aktion Ingo Appelt vorgesehen ist, dessen Fernseh-Show der Sender Pro 7 erst kürzlich abgesetzt hat. Torwandschießen mit Puppen in der Größe von Säuglingen – mit dieser Geschmacklosigkeit sollte sich Appelt eigentlich als Vorbild beim Werben um Gewaltfreiheit disqualifiziert haben. **Norbert Lammert**, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Fehlbesetzung.“

Nicht schutzwürdig

■ Keine „Sache, die von unserer Rechtsordnung geschützt werden sollte“, hat der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU, **Norbert Geis**, die Prostitution genannt und für die Opposition die Ableh-

nung des Vorhabens der rot-grünen Koalition begründet, die käufliche Liebe künftig als Dienstleistung anzuerkennen: Diese Pläne „halten unserer Rechtsordnung nicht stand“. Geis zur sozialen Absicherung von Prostituierten: anstatt sie in die Sozialversicherungspflicht zu nehmen, sollten sie sich stärker als bisher als Freiberufler selbst versichern und „nicht der Sozialhilfe zur Last fallen“.

Sporteliten fördern

■ Der Sportausschuss des Bundestags hat Sydney 2000 bilanziert. Der Präsident des Deutschen Sportbundes, Manfred von Richthofen, war mit dabei, beschrieb die Schwachstellen des deutschen Spitzensports und machte Verbesserungsvorschläge. Seine Forderung, die Einrichtung von Sport-Eliteschulen verstärkt zu fördern, wird von der CDU/CSU unterstützt. **Klaus Riegener**, sportpolitischer Sprecher der Fraktion: „Wir müssen talentiertem Nachwuchs auf diese Weise mehr Chancen geben, sportliche Spitzenleistung mit schulischer und beruflicher Bildung zu vereinbaren.“

Bio-Tech-Blamage

■ Passend zur EXPO hatte Schröder großartig eine „Kanzler-Initiative“ zur An-

wendung der Gentechnik in der Landwirtschaft angekündigt. Über drei Jahre hinweg sollten Pflanzenzüchter, Forscher, Verbraucher und Behörden mit einem umfassenden Test- und Anbauprogramm die Vor- und Nachteile dieser Technologie prüfen. Jetzt, wo die Vereinbarung darüber unterzeichnet werden soll, kippt der Kanzler das ausgehandelte Ergebnis kurzerhand. Begründung: Nach Umfragen kann die Mehrheit der Deutschen damit nichts anfangen. **Helmut Heiderich**, Berichterstatter der CDU/CSU für Gentechnik: „Gerade aus diesem Grund war das Programm doch gestartet worden, um nämlich die Öffentlichkeit mit grüner Gentechnik besser vertraut zu machen. Wer allerdings Politik mit dem Zeitgeist und nicht sachlich begründet, gerät dann schließlich in den nicht nachvollziehbaren Widerspruch: Gentechnik am menschlichen Embryo – ja, bei Pflanzen auf dem Acker – nein.“

Lob mit Vorbehalt

■ Die Fahrradförderung des Bundes in den letzten 10 Jahren ist von in- und ausländischen Experten bei einer Anhörung zum Radverkehr im Verkehrsausschuss des Bundestags durchweg positiv beurteilt worden. Höhe der In-

Das Ziel: **bestmöglicher** Schutz vor BSE

Die saarländische Gesundheitsministerin Regina Görner hat sechs Punkte zur Verbesserung des Verbraucherschutzes vorgelegt:

- Die Forderung nach einer zügigen Einführung einer EU-weiten Testpflicht für Rinder ab 24 Monaten, da Tests zur Zeit erst für Rinder ab 30 Monaten EU-weit vorgeschrieben sind. Ziel ist es, nicht nur den deutschen, sondern auch den europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern den bestmöglichen Schutz vor BSE zu gewähren.

- Die Ausdehnung der BSE-Schnelltests auf alle Rinder, sobald die Testmethoden eine ausreichende Empfindlichkeit erreicht haben, denn im Vereinigten Königreich war das jüngste erkrankte Rind gerade einmal 20 Monate alt.

- Die Veröffentlichung von Verstößen gegen De-



klarierungsvorschriften nach Abklärung aller Fakten, denn falsche Testergebnisse können wegen fehlerhafter Probeentnahmen vorkommen. Auf jeden Fall müssen bestimmte Regionen des Gehirns, in denen sich Nervenzellen konzentrieren, in den Proben vorhanden sein.

Vor Veröffentlichung sollen Mehrfachbetestungen von auffälligen Proben erfolgt sein, um zu verhindern, dass Unternehmen zu Unrecht öffentlich an den Pranger gestellt werden.

- Eine EU-weite Überprüfung und Neudefinition

von Risikomaterialien, auch im Hinblick auf andere Tierarten sowie ein generelles Verbot von Separatorenfleisch.

- Ein dauerhaftes EU-weites Verfütterungsverbot von Tiermehl, die verschärfte Überwachung des Verfütterungsverbots sowie verschärfte Sanktionen bei Verstößen gegen das Futtermittelgesetz und die Einführung einer Positivliste für Futtermittel.

- Die Einschränkung der Verwendung von Tierarzneimitteln in Futtermitteln. Illegales Handeln muss konsequent bestraft werden. Zur Zeit sind noch 4 Mastbeschleuniger erlaubt. Es besteht die Gefahr, dass Menschen auf Antibiotika nicht mehr reagieren. Dies ist besonders gefährlich nach schweren Operationen, wenn das Immunsystem der Patienten geschwächt ist.

vestitionen über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG): bis 1998 über eine Milliarde Mark jährlich. Ergebnis: über 15.000 km Radwege an Bundesstraßen, das sind doppelt so viel wie an

Landstraßen. Lob dafür von dem niederländischen Fahrrad-Experten Ton Welleman: „Sie können viel, Sie machen viel.“ **Dirk Fischer, Eduard Oswald und Wolfgang Börnsen**, zuständig in

der CDU/CSU für Verkehr allgemein und Radverkehr im besonderen: „Der Wermutstropfen dabei: Unter Rot-Grün wird seit 1999 deutlich weniger in Radwege investiert.“

Den ethischen Dammbbruch erst **abwarten**?

Zur Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Künftiger Kurs der Bundesregierung in der Gentechnik“ erklärten der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die zuständige Berichterstatterin im Gesundheitsausschuss:

Nachdem jetzt auch das britische Oberhaus dem Klonen von menschlichen Embryonen-Zellen zu wissenschaftlichen Zwecken zugestimmt hat, wird der Bruch in der Bundesregierung erneut deutlich. An der Gentechnik scheiden sich die Geister. Während Kulturminister Nida-Rümelin forsch eine fröhliche Wissenschaft auf dem normativen Schwamm der „Selbstachtung“ einfordert, die neue Gesundheitsministerin Schmidt sich indes bedeckt hält und keinen „aktuellen gesetzlichen Handlungsbedarf“ sieht, will Schröder den ethischen Dammbbruch offenbar erst einmal abwarten und zwar „ohne ideologische Scheuklappen“. Hier hofft einer auf die Normativität des Faktischen. Orientierungslos driftet die Bundesregierung in das totale Enginee-

ring. Deshalb fragen wir u.a. die Bundesregierung:

■ **Was meint der Bundeskanzler**, wenn er eine Diskussion „ohne ideologische Scheuklappen“ fordert? Welche gesellschaftlichen Gruppen meint der Bundeskanzler, wenn er vor „einem Bündnis zwischen Fortschrittsfeindlichkeit in unserer Gesellschaft und konservativem Fundamentalismus“ warnt.

■ **Teilt die Bundesregierung** die Auffassung von Bundesgesundheitsministerin Schmidt und ihrer Parlamentarischen Staatssekretärin, dass die Einrichtung eines nationalen Ethikrates für Fragen der Gentechnik sinnvoll ist? Wenn ja, wie ist das mit der Aussage des Bundeskanzlers zu vereinbaren, Themen, „die uns alle angehen“, dürften nicht stellvertretend an ein „Gremium von besonders klugen“ oder „besonders moralischen Menschen“ delegiert werden?

■ **Teilt die Bundesregierung** die Auffassung von Kulturstaatsminister Nida-Rümelin, dass sich „das Kriterium der Menschenwürde nicht auf Embryonen ausweiten“ lässt? Wenn ja, wie begründet sie dann die Notwendigkeit eines Embryonen-

schutzgesetzes? Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die Position von Kulturstaatsminister Nida-Rümelin mit dem Grundgesetz vereinbar ist? Wenn ja, wie begründet sie das? Wenn die Bundesregierung nicht die Auffassung des Kulturstaatsministers teilt, warum hat sie sich nicht öffentlich von seiner Meinung distanziert angesichts eines – nach den Worten des Bundeskanzlers – für die gesamte Gesellschaft bedeutsamen Themas?

■ **Aus welchen Gründen** distanziert sich die Bundesregierung von dem von der ehemaligen Bundesgesundheitsministerin Fischer vorgelegten Eckpunktepapier für ein Fortpflanzungsmedizinengesetz? Wie will die Bundesregierung künftig mit Stammzellen, insbesondere mit der Gewinnung embryonaler Stammzellen einschließlich des sog. therapeutischen Klonens verfahren? Welche rechtlichen Regelungen erwägt sie hier? Wie steht die Bundesregierung zur Frage des Imports von embryonalen Stammzellen?

[http://](http://www.cducsu-bundestag.sr5.htm)

Wortlaut der Kleinen Anfrage: www.cducsu-bundestag.sr5.htm

ERWIN MARSCHEWSKI UND MEINRAD BELLE:

Für mehr Sicherheit – gegen Organisierte Kriminalität

Moderne Telekommunikations- und Informationsmethoden und die damit verbundene Internationalisierung der Verbrechensbegehung haben zur Erweiterung der Organisierten Kriminalität in Deutschland geführt. Der hierdurch verursachte Schaden wird jährlich auf mehrere Milliarden DM geschätzt. Die Zahl der Tatverdächtigen übersteigt 50.000. Typische Erscheinungsformen dieser international arbeitenden Organisierten Kriminalität sind Drogenhandel, Waffenhandel, Falschgelddelikte, Prostitution, illegale Einschleusung von Personen nach Deutschland, Schutzgelderpressung, Wirtschafts- und Umweltkriminalität.

Obwohl die Ermittlungsbehörden ihre Aufgabe nur dann optimal erfüllen können, wenn ihnen das dafür erforderliche rechtliche Instrumentarium zur Verfügung steht, hat die rot-grüne Bundesregierung nach über 2 Jahren Amtszeit kein einziges wirksames Gesetz zur Bekämpfung der Organi-

sierten Kriminalität beschlossen.

Deshalb hat die AG Innen auf ihrer Klausurtagung in Heilbronn einstimmig beschlossen:

Korrektur der Regelung über akustische Wohnraumüberwachung

Die 1998 verabschiedete Regelung der akustischen Wohnraumüberwachung wurde durch zahlreiche Ausnahmeregelungen zugunsten immer weiterer Berufsgruppen wie Journalisten, Ärzte, Anwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen, Schwangerschaftsberater und Drogenberater verwässert.

Deshalb ist es vonnöten, die 1998 beschlossenen Ausnahmeregelungen zu begrenzen.

Optische Überwachung von OK-verstrickten Wohnungen

Unverzichtbar ist zusätzlich zur akustischen die op-



E. Marschewski



M. Belle

tische Überwachung von Gangsterwohnungen.

Diese erleichtert die Identifizierung von Kriminellen. Kriminelle Machenschaften können zudem oft nur „gesehen“, nicht aber gehört werden.

Telefonüberwachung bei Korruptionsdelikten

Bei Bestechlichkeit und Bestechung sowie besonders schweren Fällen der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr ist Überwachung des Telefonverkehrs nach §100a StPO zu ermöglichen.

Einführung verdachtsunabhängiger Kontrollen

Wir brauchen als Konsequenz aus dem Schengener

Abkommen die Möglichkeit der Polizei, verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen zu können.

In Baden-Württemberg z. B. sind solche verdachtsunabhängigen Kontrollen erlaubt; sie werden mit gutem Erfolg praktiziert.

Einbindung des Verfassungsschutzes in die Vorfeldbeobachtung

Zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität müssen auch die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes genutzt werden. Daher sind Landesverfassungsschutzämter mit der Aufgabe der Vorfeldbeobachtung der Organisierten Kriminalität zu betrauen.

Wiedereinführung der Kronzeugenregelung

Zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist die Kronzeugenregelung vonnöten.

Dass der Beschluss der Bundesregierung, die 1994 eingeführte Kronzeugenregelung nunmehr auslaufen zu lassen, falsch ist, zeigt die Absicht des Bundesinnenministers, für die Bekämpfung des Rechtsradikalis-

mus nunmehr doch die Kronzeugenregelung wieder einzuführen.

Dies reicht nicht aus. Die Kronzeugenregelung muss zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität wieder eingeführt werden. Auch wir wollen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand folgende praxisbezogene Änderungen:

► Die Verbindung der Kronzeugenregelung mit § 129 StGB ist aufzulösen.

Statt dessen soll der Anwendungsbereich durch einen Strafkatalog festgelegt werden.

► Wenn sich herausstellt, dass ein Kronzeuge die Justiz „hereingelegt hat“, muss das Strafverfahren zu seinen Ungunsten wieder aufgenommen und die erlangten Strafmildervorteile müssen wieder weggenommen werden können.

Verschärfung der Vorschriften gegen Geldwäsche

Leider kann nur ein Bruchteil der von der Organisierten Kriminalität erzielten Gewinne sichergestellt und beschlagnahmt werden. Deswegen ist das gesetzliche Instrumentarium zur Bekämpfung von Geldwä-

sche und Abschöpfung von Verbrechensgewinnen weiter zu verbessern.

Hierzu zählen:

► die Schaffung von Beweiserleichterungen im Verfallsrecht, wonach die Anordnung des Verfalls bereits dann ermöglicht wird,

BESCHLUSS DER
ARBEITSGRUPPE
INNENPOLITIK
DER CDU/CSU
AUF IHRER
KLAUSURTAGUNG
IN HEILBRONN

wenn der Täter zur Herkunft von Gegenständen keine, unzureichende oder falsche Angaben macht,

► die deutliche Verlängerung der Fristen für die (vorläufige) Sicherstellung.

Bekämpfung des Kreditkartenmissbrauchs

Der Anstieg der Fälle von Zahlungskartenkriminalität ist erschreckend. Die Steigerungsrate betrug 1999 40 %, im Jahre 2000 60 %. Die Schäden gehen in die Millionen. Dabei sind Gegenmaßnahmen ohne großen Aufwand möglich:

► Versand der Karten so, dass Postwegverluste aus-scheiden,

► Karten müssen statt mit Magnetstreifen mit fälschungssicheren Chips ausgestattet werden.

► Beim EC-Karten-Lastschriftverfahren muss die Identität des Karteninhabers verlässlich geprüft werden. So könnte die EC-Karte auch mit einem Foto des Karteninhabers ausgerüstet werden.

Zunächst sind Banken und Wirtschaft gefordert, wirksamere Präventionsmaßnahmen zu ergreifen.

Aber: Reagieren die betroffenen Unternehmen nicht freiwillig auf die neuen Herausforderungen, so muss die Bundesregierung die Initiative ergreifen und die Umsetzung der Sicherheitsstandards durch Gesetz sicherstellen.

Bekämpfung von Internet-Kriminalität

Die Entwicklung der Kriminalität im Internet folgt dessen technischer Entwicklung. Das Internet wird heute für das Anbieten von Diebesgut, von Drogen und Waffen ebenso missbraucht wie für die Anleitung von Sprengkörpern und die Verbreitung extremistischen Gedankenguts sowie kinderpornographischer Darstellungen.

Wir fordern deshalb:

► die kontinuierliche Schulung der Ermittlungsbeamten im technischen Umgang mit dem Internet,

► die Durchführung regelmäßiger, anlassunabhängiger Ermittlungen im Internet nach strafbaren Inhalten, vor allem Netzpatrouillen gegen Kinderpornographie,

► die Einführung eines Straftatbestandes gegen das Anbieten von Kindern für sexuellen Missbrauch,

► eine Überprüfung der bestehenden Straftatbestände gegen Eingriffe in das Datennetz auf Schutzlücken, die eine effektive Verfolgung und Ahndung von Computerstraftaten erschweren.

Neuorientierung des Strafvollzuges: Im Zweifel für die Sicherheit

Verurteilte Täter müssen ihrer Strafe absitzen. Der offene Vollzug darf nicht beliebig ausgeweitet werden; er muss kontrollierbar bleiben. Im Zweifel muss der Schutz der Allgemeinheit vor der Begehung von Straftaten Vorrang haben. In den offenen Vollzug dürfen nur Gefangene, die keine Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung darstellen.

Wir fordern deshalb:

► eindeutige Priorität für die Sicherheit,

► ausgewogene Balance der Vollzugsaufgaben in § 2 Strafvollzugsgesetz.

► Dabei darf der Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Delikten kein bloß zweit- oder gar nachrangiges Ziel des Strafvollzuges sein. Der Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten geht vor.

► Eingrenzung des offenen Vollzugs.

Der offene Vollzug darf nicht als Regelfall des Strafvollzuges angesehen werden. Im offenen Vollzug dürfen sich daher nur solche Gefangene befinden, die insbesondere unter Berücksichtigung der Bevölkerung vor weiteren Straftaten eine eindeutige Eignung für den offenen Vollzug aufweisen.

Keine Erweiterung der Strafaussetzung zur Bewährung

Wir sprechen uns gegen die von rot-grün geplante Erweiterung der Strafaussetzung zur Bewährung von 2 auf 3 Jahre aus.

Dieser Vorschlag ist sowohl unter dem Gesichtspunkt der Generalprävention wie auch unter dem Gesichtspunkt des tat- und schuldangemessenen Ur-

teils nicht vertretbar. Verurteilungen zu Freiheitsstrafen zwischen 2 und 3 Jahren betreffen regelmäßig schwere und schwerste Straftaten bzw. schwerwiegende Wiederholungsfälle.

■

Konsequente Ausweisung und Abschiebung ausländischer Straftäter

Der Tatverdächtigenanteil von Ausländern an der polizeilich erfassten Kriminalstatistik ist hoch. Er beträgt bezogen auf das gesamte Bundesgebiet rund 26,5 % (bei einem Bevölkerungsanteil der Ausländer von knapp 9 %).

Besonders besorgniserregend ist der Ausländeranteil im Bereich der organisierten Kriminalität. Hier liegt er bei 60 %; er ist damit weit mehr als doppelt so hoch wie bei der allgemeinen Kriminalität.

Wir fordern:

- ▶ Ein Ausländer, der nach Deutschland einreist, um hier Straftaten zu begehen, ist sofort abzuschicken.
- ▶ Ausländer, die schwere Verbrechen begehen, sind auch dann abzuschicken, wenn sie schon längere Zeit in Deutschland leben.
- ▶ Schon eine Freiheitsstrafe von einem Jahr muss ausrei-

chend sein, um zur Ausweisung bzw. Abschiebung zu führen.

▶ Bei ausländischen Straftätern muss die Möglichkeit der Haftverbüßung im Heimatland verstärkt realisiert werden.

▶ Wir müssen zu einer schnellen Ausweisung gewalttätiger Demonstranten kommen.

Insbesondere Ausländer, die an kollektiven und gewalttätigen extremistischen Ausschreitungen teilnehmen, müssen auch unabhängig von einem Verbot odereiner Auflösungsverfügung bereits vor Abschluss eines aufwendigen Strafverfahrens ausgewiesen und abgeschoben werden können. Schon die (durch Zeugen oder Bildaufnahmen) bewiesene Begehung des Landfriedensbruchs muss zwingend zur Ausweisung führen; § 47 Ausländergesetz ist entsprechend zu ändern.

■

Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie Erweiterung der Kompetenzen von EUROPOL

Organisierte Kriminalität findet mehrheitlich grenzüberschreitend statt.

Sie muss deshalb vor allem auch durch grenzüberschreitendes Vorgehen der Ermittlungsbehörden bekämpft werden können.

Deshalb müssen

- ▶ der grenzüberschreitende Einsatz von verdeckten Ermittlern erleichtert werden,
- ▶ die Rechtshilfe verbessert insbesondere entbürokratisiert werden,
- ▶ die Strafprozessvoraussetzungen für den grenzüberschreitenden Einsatz von Ermittlungsgruppen geschaffen werden,
- ▶ die Aufgaben von EUROPOL erweitert werden: Europol sollte auch die Zuständigkeit erhalten für Straftaten gegen das Leben, gegen körperliche Unversehrtheit, für Eigentums- und Vermögensdelikte, für Computer- und Umweltstraftaten, soweit ein internationaler Bezug gegeben ist.

EUROPOL muss operative Befugnisse (keine exekutiven!) erhalten.

EUROPOL muss operativ tätig werden können im Sinne einer Unterstützung, Koordination und Initiierung von konkreten, nationalen und grenzüberschreitenden Ermittlungsmaßnahmen.



RENTENREFORM

Unter Niveau

Bei der Rente bekleckert sich Rot-Grün nicht mit Ruhm. Einen Tag, bevor im Bundestag die Rentenreform beschlossen werden soll, musste Rot-Grün wieder einmal etwas korrigieren, was Riesters Ministerium ganz offensichtlich übersehen hatte. Vorsatz oder Schlamperei? Warum steht im Gesetzentwurf noch immer, dass die Regierung künftig eingreifen müsse, wenn das Niveau der gesetzlichen Rente unter 64 Prozent sinkt? Riester und der Bundeskanzler haben den Gewerkschaften doch gerade erst versprochen, das Niveau nicht unter 67 Prozent sinken zu lassen. Der Sozialminister hat zwar Recht, wenn er sagt, das Niveau sinke bis 2030 ohnehin nicht unter 67 Prozent. Aber wer weiß, was bis 2030 alles noch passieren kann? Da droht die nachgelagerte Besteuerung der Renten. Die 67 Prozent wären dann nicht

mehr so leicht zu halten, wenn gleichzeitig die Rentenbeiträge stabil bleiben sollen. Daran mögen Riesters Beamte gedacht haben, als sie die 64 einfach stehen ließen. Es rächt sich, dass die Koalition die Rentenreform im Galopp durchs Parlament bringen will. Das Vertrauen in die Qualität der Reform wird so nicht gestärkt. Der Tagesspiegel

Pannenserie

Schon die Gesetzesvorbereitungen waren eine einzige Pannenserie. Riester musste sein Drehbuch mehrfach umschreiben – mal verweigerten die Genossen die Gefolgschaft, dann legten sich die Gewerkschaften quer. Wie wenig durchdacht das Konzept ist, zeigt sich kurz vor der abschließenden Beratung. Die SPD-Bundestagsfraktion musste eigens zu einer Sondersitzung zusammengetrommelt werden, weil die Einigung mit den Gewerkschaften auf dem Spiel stand. Weitgehend unbemerkt hatte der Arbeitsminister ins Gesetz

eine Sicherungsklausel eingebaut, die besagte, dass die Regierung einschreiten muss, falls das Rentenniveau unter 64 Prozent sinkt. Dies steht nun in Widerspruch zur Aussage Riesters, die Renten würden nicht unter 67 Prozent eines Durchschnittseinkommens fallen. Was gilt denn nun? Selbst in den eigenen Reihen blickt kaum noch jemand durch. Stuttgarter Zeitung

Illusionen

Riester ist anzulasten, dass er der Bevölkerung weiter Sand in die Augen streut. Denn das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung wird in den kommenden Jahrzehnten dramatisch zurückgefahren werden und nicht nur marginal, wie Rot-Grün heute suggeriert. Der Kardinalfehler der Bundesregierung war, sich auf Gedeih und Verderb von der Zustimmung der Gewerkschaften abhängig zu machen. Die Einigung auf den kleinsten Nenner war die logische Konsequenz.

Die Welt

Basteln an der Formel

Die „Riester-Reform“ ist zu einem von niemandem mehr zu durchschauenden Gezerre um die „Vertrauensformel“ geworden, wie die mathematische Renten-



Stellen Sie sich einen Moment lang vor, ein Flugzeugmechaniker oder ein Arzt würde mit derselben Einstellung an seine Arbeit gehen wie die Bundesregierung an die Rentenreform ...

Generalsekretär Laurenz Meyer

formel von den Sozialpolitikern aller Parteien in nicht ganz unberechtigtem Pathos genannt wird. Das ist bedauerlich, weil gerade diese Reform mit der immer unwahrer gewordenen Behauptung aufräumen wollte, die Renten aus der staatlichen Rentenversicherung seien sicher. Am Anfang dieser Reform stand das Eingeständnis, dass kostengün-

stige Beiträge und ein auskömmliches Alterseinkommen bei steigender Alterslast und unveränderter Lebensarbeitszeit nicht miteinander in Einklang zu bringen seien. Das klingt nach Arithmetik. Aber es ist Politik. Es ist eines – das Lehren die unzureichenden Reformanläufe der Vergangenheit –, einen einfachen Zusammenhang zu erkennen, und ein anderes, ihn und seine Folgen in der Arena des politischen Wettbewerbs auszusprechen.

Frankfurter Allgemeine

MITTELSTAND

Gebeutelt

Der Protest der deutschen Wirtschaft gegen die beschlossene Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten tangiert Bundesfinanzminister Hans Eichel wenig. Der SPD-Politiker hatte schon in den vergangenen Monaten kein Ohr für die Klagen der Unternehmenslenker. Nun sind die neuen Afa-Tabellen in Kraft,

und Eichel ist nicht bereit, Fehlberechnungen zuzugeben. Dabei kommt die Kritik auch von Wirtschaftspolitikern aus dem rot-grünen Lager. Zu offensichtlich ist, dass die Änderungen dem Finanzminister weit mehr als 3,5 Milliarden Mark an zusätzlichen Steuergeldern in die Kasse spülen werden. Die drastisch verschärften Afa-Regeln drohen die Investitionstätigkeit in Deutschland zu dämpfen. Angesichts der Wolken, die am hiesigen Konjunkturhimmel aufgezogen sind, kommt die Rechtsänderung zur Unzeit. Denn nun drohen die Aufträge nicht nur aus dem Ausland auszubleiben. Besonders hart trifft es mal wieder den Mittelstand. Den kleinen Betrieben winkt erst 2005 eine spürbare Entlastung im Zuge der Unternehmenssteuerreform. Die neuen Afa-Tabellen hingegen lassen die Steuerschuld der Mittelständler zunächst einmal kräftig steigen. Einige werden auch von der späteren Absenkung der Tarife nichts mehr haben, weil sie dann längst vom Markt verschwunden sind. Die Welt

Erwin Teufel: Wir werden den „Erfolgskurs Süd“ fortsetzen

Mit „Erwin, Erwin“-Rufen und „jetzt geht's los“ feierten die 400 Delegierten und rund dreihundert Gäste den baden-württembergischen CDU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Erwin Teufel, in Mannheim. Der Landesverband war zu seinem 42. Parteitag im Kongreßzentrum Rosengarten zusammengekommen, um das Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode zu verabschieden. Am 25. März sind Wahlen.

Im Mittelpunkt des Parteitages standen die Reden von Erwin Teufel und Angela Merkel. Der Landesvater sprach in einer kämpferi-

schen Rede 75 Minuten lang über die glänzende Erfolgsbilanz des Landes und über die Pannen der rot-grünen Regierung in Berlin. Mit der CDU werde, so Teufel, der „Erfolgskurs Süd“ fortgesetzt. Baden-Württemberg habe die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, die niedrigste Kriminalitätsrate in Deutschland, es investiere mehr in die Forschung als jedes andere Bundesland, und nirgendwo gebe es so wenige Bürger, die auf Sozialhilfe angewiesen seien. Baden-Württemberg, das sei seit der Gründung vor bald 48 Jahren „eine einzige Erfolgsgeschichte“.

Doch die SPD hat dazu nichts beigetragen und scheint auch gegenwärtig, trotz mediengerechter Auftritte, nichts beitragen zu wollen. Das ist ganz offensichtlich, und auch Teufel nahm

dies auf: „Alte Hüte bleiben alte Hüte, auch wenn sie von jungen Damen getragen werden.“ Ansonsten ließ er seine junge Gegenkandidatin von der SPD links liegen.

Volker Kauder: Wir brauchen Kompetenz statt Tralala

Generalsekretär Volker Kauder mußte nicht viel konkreter werden: „Wir brauchen Kompetenz statt Tralala“. Jeder wußte, was gemeint war, denn ein würdiger Gegner ist die SPD im Lande kaum. Deshalb richtete Kauder seine Angriffe auch gleich auf Berlin: „Im Luftraum der SPD reitet Lügenbaron Schröder auf der Rentenkugel, und bei den Grünen gibt es nicht nur Friedenstauben, sondern sogar Steinewerfer.“ Müsse man denn früher Polizisten verprügelt haben, im Häuserkampf Che Guevara nachgeeifert haben, um dann den Aufstand der sogenannten Anständigen anzuführen? Die Hiebe saßen.

Nach der Beratung des Regierungsprogramms, bei



der überraschend der Jungen Union ein Antrag genehmigt wurde, wonach jeder Schüler ab der neunten Klasse künftig mit einem Laptop ausgerüstet sein soll, wurde es dunkel im Saal. Die Türen gingen auf, und herein schritten Angela Merkel und Erwin Teufel zur Musik „We are the champions“ von Queen. Keinen Delegierten hielt es auf dem Stuhl, die Kameraleute fielen übereinander, während die Junge Union vom „Team Teufel“ mit blauen Luftballons in der Hand die beiden Parteivorsitzenden bei ihrem Einmarsch säumten. Das hat Emotionen geweckt und sogar die Journalisten beeindruckt.

In ihrer mit Spannung erwarteten Rede hob Merkel denn auch auf die Erfolgsbilanz Baden-Württembergs ab. Und daß das Land in vielen wichtigen Bereichen so-



gar noch vor Bayern liege, könne ein Ansporn sein für die Bayern, und das tue Edmund Stoiber ganz gut, auch wenn er deshalb einmal ein langes Gesicht mache. Ansonsten griff Merkel vor allem die verfehltete Rentenpolitik der Bundesregierung an und kündigte an, die CDU werde nach einem möglichen Wahlsieg 2002 ein besseres Konzept vorlegen.

Dafür müsse die Union in der Sache hart und unerbittlich kämpfen.

Ein Besucher staunend: Der schafft ja wie der Teufel

Schon am frühen Nachmittag ging der überaus gelungene Parteitag zu Ende. Während die Besucher erfüllt zusammenstanden und noch etwas tranken, war einer schon wieder auf dem Sprung. Erwin Teufel eilte zum nächsten Termin. Ministerpräsidentenkonferenz in Wiesbaden. Bis tief in die Nacht hinein hat er für Baden-Württemberg im Länderfinanzausgleich verhandelt. „Der schafft ja wie der Teufel“, meinte ein Besucher staunend. Stimmt. Das ist eben der „Erfolgskurs Süd“.



Fotos: Thomas Geiger



Brieföffner ARCO ADD-Rund

Bestell-Nr.: 9665

Preis je Expl. 10,00 DM
(5,11 EURO)

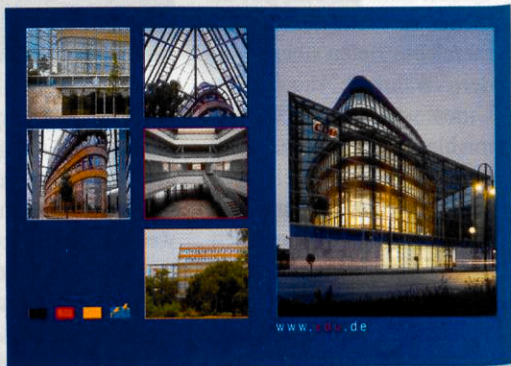
Postkarte „Konrad-Adenauer-Haus“

Die neue CDU-Bundesgeschäftsstelle

Bestell-Nr.: 9693

Preis je 50 Expl. 7,50 DM
(3,83 EURO)

Verpackungseinheit: 50 Expl.



Untangler mit den CDU-Digits

Bestell-Nr.: 9694

Preis je Expl. 10,00 DM
(5,11 EURO)



UnTangler

Nie wieder verdrehte Schnüre
Paßt auf alle gängigen Telefone
mit Western-Stecker
In Sekundenschnelle installiert



UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Damit Sie nicht im Regen stehen – unser CDU-Pavillon



CDU-Pavillon ohne Seitenteil

Bestell-Nr. 0924
Größe 3 x 3 m
1 Expl. 79,00 DM
(40,39 EURO)

Seitenteil für CDU-Pavillon

Bestell-Nr. 0925
1 Expl. 11,90 DM
(6,08 EURO)

BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

